

Liebes AStA-Kollektiv,

hier mein Rechenschaftsbericht für die AntiRa-AB-Stelle in den Jahren 2012/ und 2013:

Zu meinen Tätigkeiten gehörten individuelle Beratungsgespräche, Aktionen mit Bündnissen weiterer Akteure und größere und kleinere Veranstaltungen.

1. Individuelle Beratungsgespräche: Bei zwei der vorgetragenen Fälle konnten nach Rücksprachen einvernehmliche Lösungen mit den Betroffenen auch in Zusammenarbeit mit einer Fachschaft gefunden werden. In einem weiteren Fall wurden mit Unterstützung des Elchkellers Spendengelder für einen Kommilitonen, der Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt wurde, mobilisiert. Unter Anerkennung der informationellen Selbstbestimmungsrechte und der Absprachen im Rahmen der Vertrauensverhältnisse mit den betroffenen Privatpersonen werden keine weiteren Details und Fälle zur Evaluation bekannt gegeben.
2. Rassistische Einlasspolitik bei Diskotheken in Hannover: Zusammen mit dem AusländerInnenreferenten und engagierten Freiwilligen gehen wir seit 2011 offensiv gegen rassistische Einlasskontrollen vor. Wir führen sog. „Testings“ durch, um Diskriminierungen an Diskotüren sichtbar und beweisbar zu machen und Druck auf die DiskothekenbetreiberInnen auszubauen, ihre rassistische Einlasspraxis zu ändern. Aus dem ersten Testing Ende 2011 ist ein Verfahren erfolgreich abgeschlossen, alle anderen sind noch nicht entschieden, doch wir haben aufgrund der guten Beweislage sehr gute Chancen und rechnen mit einer 100%igen Erfolgsquote. Als nächsten Schritt neben den laufenden Verfahren verfolgen wir eine Änderung des Gaststättengesetzes auf Landesebene, bei dem geregelt werden soll, dass der Erhalt einer Gaststättenkonzession mit der Bedingung verknüpft wird, einen diskriminierungsfreien Zugang zu gewährleisten, damit Ordnungsamt bzw. Polizei i.V. faktisch zuständig für Diskriminierungen an D-Türen und allen kommerziellen privaten Unternehmen werden und eine juristische Grundlage bekommen, Bußgelder gegen diskriminierende D-BetreiberInnen verhängen zu können, denn im Moment müssen Privatpersonen klagen, weil das AGG ein zivilrechtliches Gesetz ist. Dazu sensibilisieren wir Akteure auf Kommunal- und Landesebene, indem wir z.B. eine Infoveranstaltung im Juni zusammen mit dem Büro zur Umsetzung der Gleichstellung (BUG) und der Antidiskriminierungsstelle der LHH veranstalten.
3. Mitwirkung bei Organisation und Werbungscoordination zum Vortrag: „Begriffe auf dem Prüfstand. Über das Verhältnis von Antisemitismus und Rassismus“ von M. Terkessidis in Rahmen der int. AntiRa-Woche
4. Vertretung des AStA bei der Fachtagung gegen Rechtsextremismus
5. Unterstützung von „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“

Anfang kommenden Juni fällt der Startschuss für unsere Öffentlichkeitsarbeit rund um das nunmehr 2 Jahre laufende Diskothekenprojekt. Wir nutzen dazu die offenen Kanäle zur Kommunal- und Landespolitik und schlagen dem internationalen Ausschuss vor, einen Appell an die Landesregierung zu beschließen, die aufgefordert werden soll, das Gaststättenrecht zu ändern.

LG, Mansn

(Pseudonym, da mir die zweifelhafte Ehre der zuteil wurde, die Aufmerksamkeit von Nazi-Seiten erlangt zu haben.)